

Herrn Oberbürgermeister
Hansjörg Eger
Maximilianstraße 100
67346 Speyer

Speyer, den 27.07.2018

Antrag: Mitbestimmungsrechte Jugendlicher in Speyer

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir bitten, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Stadtrates zu setzen:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit dem Jugendstadtrat zu prüfen, wie die Mitbestimmungsrechte von Jugendlichen auf kommunaler Ebene weiter ausgebaut werden können.

Begründung:

Den Berichten verschiedener Medien zufolge wird es auf Bundesebene eine Mehrheit für die Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz geben. Dies hätte große Auswirkungen in vielen Bereichen wie zum Beispiel dem Familien- oder dem Asylrecht. Auch die Mitbestimmungsrechte von Kindern und Jugendlichen würden davon auf allen Ebenen entscheidend berührt.

Nachdem die Institutionalisierung des Jugendstadtrats ein erfolgreicher Schritt in eine solche zukunftsweisende Richtung gewesen ist, stellt sich – auch unabhängig von bundesweiten Entwicklungen – die Frage, wie man die Mitbestimmungsrechte von Kindern und Jugendlichen in der Kommune weiter ausbauen kann. Hier gibt es in Speyer zweifelsohne positive Beispiele, wie zum Beispiel den Werdegang des Alla-Hopp-Spielplatzes, an dessen Konzeption sich Jugendliche beteiligen konnten. Die Belange von Kindern und Jugendlichen ernst zu nehmen, kann sich jedoch nicht darin erschöpfen, Sitze in zwei städtischen Ausschüssen vorzuhalten oder den Jugendstadtrat unregelmäßig bei verschiedenen Anliegen zu konsultieren.

Gerade angesichts großer Politikverdrossenheit und des Desinteresses in allen Alters- und Geschlechtsgruppen, sollte aus unserer Sicht der Prozess einer Demokratisierung gerade in jungen Jahren ansetzen und dort ausgebaut werden.



**Christlich-Demokratische Union
CDU-Stadtratsfraktion**



**Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPD-Stadtratsfraktion**

Dass unsere Demokratie nicht nur auf dem Papier Mitbestimmungsrechte beinhaltet und schützenswert ist, sollte schon in jungen Jahren erfahren und erlebt werden können. Viele Kinder und Jugendliche interessieren sich für Umwelt, Soziales, Schulen und sollten eigentlich auch zur Entwicklung von Bebauungsplänen gehört werden, wenn man ihre Bedürfnisse wirklich ernst nehmen möchte.

Der Jugendstadtrat hat nun allen Stadtratsmitgliedern einen Vorstoß in diese Richtung vorgelegt, den wir sehr begrüßen. Da hier noch einige kommunalrechtliche Fragen zu klären sind, bitten wir daher die Stadtverwaltung in Zusammenarbeit mit dem Jugendstadtrat einen tragfähigen Vorschlag zu erarbeiten und dem Rat zur Beratung vorzulegen.

Mit freundlichen Grüßen

Gez. Dr. Axel Wilke
CDU-Fraktionsvorsitzender

gez. Walter Feiniler
SPD-Fraktionsvorsitzender

eingegangen per E-Mail